Gemeinde Südlohn

Niederschrift über die Sitzung

Gremium: Rat
vom: Mittwoch, 27. Juni 2012

9. Sitzungsperiode / 22. Sitzung

Ort: Großer Sitzungssaal
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:05 Uhr

Anwesenheit:

I. Mitglieder:

1. Bürgermeister Herr Christian Vedder
2. Herr Alois Kahmen
3. Herr Hermann-Josef Frieling
4. Herr Thomas Harmeling (nur öffentl. Teil)
5. Herr Norbert Rathmer
6. Herr Günter Osterholt (ab TOP I.3)
7. Herr Karlheinz Lüdiger
8. Herr Heinrich Icking
9. Herr Heinz Kemper
10. Frau Christel Sicking
11. Herr Wilhelm Hövel
12. Herr Ingo Plewa
13. Herr Jörg Battefeld
14. Herr Günter Bergup
15. Frau Karin Schmittmann
16. Herr Ludger Rotz
17. Herr Ludger Gröting
18. Frau Barbara Seidensticker-Beining
19. Herr Hans Brüning (ab TOP I.11)
20. Frau Rita Penno
21. Herr Jörg Schlechter
22. Herr Josef Schleif
23. Herr Maik van de Sand

II. Entschuldigt:

1. Frau Annette Bonse-Geuking
2. Frau Maria Bone-Hedwig
3. Herr Rolf Stödtke
4. Herr Dieter Robers

III. Ferner:

1. AL 01/32 - Herbert Schlottbom
2. stv. AL 10 - Werner Stödtke
3. AL 20 - Martin Wilmers
4. AL 60 - Dirk Vahlmann

IV. Gäste

1. Herr Frank Niessen und Frau Dagmar Bix, (zu TOP I.3)
Bezirksregierung Münster, Dez. 33

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung gibt er bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil unter Grundstücksangelegenheit eine Ergänzung vorgeschlagen wird. Weitere Änderungs- und Ergänzungswünsche werden nicht vorgebracht. Die Tagesordnung wird damit festgestellt.

I. Öffentlicher Teil:

TOP 1.: Anerkennung der Niederschrift der letzten Sitzung

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 23.05.2012 werden nicht erhoben. Sie ist damit anerkannt.

Beschluss: -/-

TOP 2.: Einwohnerfragestunde

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Zur Sitzung sind keine Einwohnerfragen eingegangen.

Beschluss: -/-

TOP 3.: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Schlinge und seiner Nebengewässer

Sitzungsvorlage-Nr.: 97/2012

Herr Frank Niessen, Leiter des Dezernates 33 – Ländliche Entwicklung/Bodenordnung bei der Bezirksregierung in Münster, erläutert die Vorgeschichte und die Gründe einer jetzt angestrebten weitergehenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Schlinge und seiner Nebengewässer. Auslöser der geplanten Erstellung eines wasserwirtschaftlichen Gutachtens ist die Hochwasserproblematik auf der niederländischen Seite. Die Bezirksregierung erwartet in Kürze die Freigabe der für die Erstellung dieses Gutachtens erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 100.000,00 € durch das Land NRW.

Frau Dagmar Bix, stellvertretende Leiterin des Dezernates 33, ergänzt, dass mit dem Gutachten insbesondere die Zusammenführung der verschiedenen vorhandenen Untersuchungen und Gutachten auf beiden Seiten der Grenze angestrebt wird um zu erkennen, welche Maßnahmen möglich sind, was man mit diesen erreichen könnte und welche Auswirkungen bei einer Umsetzung sich ergeben. Hierzu wird das Gutachten mit einem Maßnahmenpaket als Vorschlag abschließen. Anschließend sollen überlegt werden, welche Maßnahmen zur Umsetzung geeignet sind. Das Gutachten beschränkt sich zunächst auf den wasserwirtschaftlichen Teil. Eine Ergänzung um mögliche weitergehende Schritte und Optionen zur Umsetzung zusätzlicher Ziele ist dann möglich und zu überlegen. Vorgesehen ist, dass das Gutachten nach den Sommerferien 2012 in Auftrag gegeben wird und dieses von je einem deutschen und niederländischen Büro in enger Zusammenarbeit und unter Begleitung einer Arbeitsgruppe, der verschiedene Vertreter von Fachbehörden, der Landwirtschaft usw. angehören, erstellt wird. Das Ergebnis wird für Sommer/Herbst 2013 erwartet. Auf dieser Grundlage kann dann diskutiert werden, was und in welchem Umfang weiter geplant und umgesetzt wird.

Für die Erstellung dieses Gutachtens wird keine finanzielle Beteiligung der Gemeinde Südlohn notwendig. Die Vorstellung der geplanten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit dient insbesondere dazu, die Gemeinde frühzeitig darüber zu informieren, was an Planungen und Entwicklungen an der Schlinge und seiner Nebengewässer vorgesehen ist.

Die **CDU-Fraktion** fragt an, inwieweit das Gutachten auch konkrete Vorschläge für Maßnahmen an der Schlinge beinhalten wird, da z.B. in der Ortslage Südlohn die Schlinge sich sehr kanalartig präsentiert. Zudem sieht die Fraktion Handlungsmöglichkeiten im Oberlauf.

Frau Bix erläutert, dass mit dem zunächst angestrebten wasserwirtschaftlichen Konzept eine Gesamtbeurteilung, also eine grenzüberschreitende Betrachtung, der Schlinge erfolgen soll. Dabei geht es nicht allein um die Erfassung des Ist-Zustandes, sondern auch um Maßnahmen zur Verbesserung z.B. der Gewässergüte. Dabei sollen Maßnahmen ermittelt werden, die umsetzbar sind, zugleich jedoch deren Auswirkungen auf den Gesamtlauf ermittelt werden.

Der Ansatz einer integrierten Gesamtbetrachtung wird von der **UWG-Fraktion** begrüßt. Allerdings ist ihr die Abgrenzung des Projektgebietes nicht klar. Zudem stellt sich für sie die Frage, inwieweit die Finanzmittel für eine integrierte Gesamtbetrachtung ausreichen bzw. diese nicht überhöht sind, wenn man sich allein auf die wasserwirtschaftliche Sicht reduziert.

Mit dem Gutachten will man sich zunächst auf den Wasserkörper der Schlinge konzentrieren, später sind jedoch Möglichkeiten für Weiterungen im Sinne eines integrierten Ansatzes nicht ausgeschlossen (z.B. Wegestruktur, Touristik, Landwirtschaft usw.). Da der größte Teil der Schlinge auf der niederländischen Seite verläuft, jedoch das Projektgebiet beiderseits der Grenze in etwa gleichwertig sein sollte, erstreckt sich das geplante Projektgebiet auf der niederländischen Seite nur bis in den Raum Aalten/Breedvoort. Wenn sich zeigen sollte, dass sich aus diesem Kern heraus Weiteres entwickeln lässt, ist darüber gemeinsam nachzudenken und zu überlegen, was, wann und wie am sinnvollsten zusätzlich umgesetzt werden könnte.

Wenn nur ein wasserwirtschaftliches Konzept umgesetzt werden soll, dann ist für die **SPD-Fraktion** die Seite 2 der Sitzungsvorlage irreführend. Auch sie hat Bedenken zur Relation zwischen den eingesetzten Haushaltsmitteln und dem Ergebnis. Ferner erinnert sie an den vom Gemeinderat gebildeten Schlingebeirat, der ein bereits früher von der Gemeinde erstelltes Pflege- und Entwicklungskonzept begleiten sollte.

Der **BM** verweist darauf, dass mit dem wasserwirtschaftlichen Gutachten auch ein Ausblick auf weitere Möglichkeiten eröffnet werden soll. Hierzu ist zuvor eine grundlegende Bestandsaufnahme notwendig, um dann in einem weiteren Schritt zu überlegen, inwieweit in einem integrierten Gesamtkonzept zusätzliche Ziele verfolgt werden könnten. Die Umsetzung dieser möglichen weiteren Maßnahmen ist in der Sitzungsvorlage ergänzend dargestellt worden, damit der Gemeinderat umfassend über die Möglichkeiten informiert wird, die sich mit dem jetzt angestrebten wasserwirtschaftlichen Konzept eröffnen könnten.

Die **Grüne Fraktion** befürchtet bei der Umsetzung das Scheitern des Konzeptes an der Realität. Denn der jüngst stattgefundenen Anhörungstermin innerhalb des Verfahrens für die Ortsumgehung Oeding hat gezeigt, dass die Landwirtschaft kaum bereit ist, entsprechende Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder wasserwirtschaftliche Maßnahmen bereitzustellen. Sollten die Landwirte bei der Umsetzung des Konzeptes nicht mitmachen, sind die eingesetzten Haushaltsmittel „aus dem Fenster geworfen“. In diesem Zusammenhang bittet er um Übersendung der Niederschrift über das letzte Treffen der Werkgruppe Deutschland der Gemeinde Winterswijk und der bilateralen Arbeitsgruppe Südlohn vom 16.11.2011.

Der **BM** entgegnet, dass nach seinem Eindruck die Landwirtschaft sich nicht grundsätzlich gegen entsprechende Flächenbereitstellungen ausgesprochen hat. Er erinnert daran, dass auch Erweiterungsmaßnahmen auf den landwirtschaftlichen Betrieben regelmäßig zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen führen. Eine Niederschrift über das Treffen vom 16.11.2011 wurde nicht gefertigt. Es ging vornehmlich um eine Bestandsaufnahme. Er sagt zu, dass die zu dem Treffen erstellte Präsentation übersandt wird.

Frau Bix ergänzt, dass das zu erarbeitende Konzept Möglichkeiten bieten wird für die Einbeziehung anderer Aspekte beim Einstieg in die Umsetzung. Hierzu sind sicherlich Konsensgespräche notwendig.

Beschluss:

Kenntnisnahme

Der Gemeinderat nimmt von dem Planungsvorhaben zustimmend Kenntnis, dass im Rahmen einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Schlinge/Slinge und seiner Nebengewässer durch die Bezirksregierung Münster ein integriertes wasserwirtschaftliches Konzept erstellt werden soll.

TOP 4.: Monatsbericht zur Entwicklung der gemeindlichen Finanzen

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Allen Ratsmitgliedern liegt der Monatsbericht mit Stand 14.06.2012 vor. Nachfragen erfolgen nicht.

Beschluss: **Kenntnisnahme**

TOP 5.: 2. Finanzzwischenbericht 2012 für die Gemeinde und ihre Betriebe

Sitzungsvorlage-Nr.: 99/2012

Kämmerer Wilmers weist darauf hin, dass gem. der Forderung des Wirtschaftsprüfers und der Gemeindeprüfungsanstalt auch eine Berichtspflicht für die gemeindlichen Betriebe besteht. Von daher umfasst dieser 2. Finanzzwischenbericht auch einen Finanzzwischenbericht für die gemeindlichen Betriebe.

Nach den inzwischen vorliegenden Zahlen aus der Regionalisierung der Mai-Steuerschätzung wird die Gemeinde beim Anteil an der Einkommenssteuer voraussichtlich ca. 19.000,00 € weniger als geplant erhalten. Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer steigt voraussichtlich der gemeindliche Anteil um + 3.000,00 €.

Innerhalb der Haushaltsplanberatungen 2012 wurde aus dem Gemeinderat darauf hingewiesen, dass bei der in etwa gleich großen Gemeinde Heek 10,0 Stellen weniger im Stellenplan vermerkt sind und damit geringere Personalkosten entstehen. Ein struktureller Vergleich führt zu folgendem Ergebnis:

1. Die Einwohnerzahl von Heek ist um mehr als 7 % geringer. Dieses allein reduziert bereits die tatsächliche Stellendifferenz von 9,5 Stellen um 2,5 auf 7,0 Stellen.
2. Bei der Gemeinde Südlohn werden Verwaltungsleistungen für mehrere Vereine erbracht: Geschäftsführung Musikschule, Geschäftsführung Jugendwerk, Gebührenabrechnung Musikschule, Buchführung und Jahresabschlüsse für Musikschule und Jugendwerk.
3. Bei der Analyse beider Haushaltspläne ist festzustellen, dass die Personalaufwendungen in Heek um rd. 660.000,00 € geringer sind, d.s. die von der Politik angesprochenen 10,0 Stellen. Dieses entspricht gemessen am Volumen der ordentlichen Aufwendungen 14,9 % (Südlohn 17,22 %).
4. Die Versorgungsaufwendungen sind in Heek um 165.000,00 € geringer. Grund hierfür ist, dass bei der Gemeinde Heek nur 4 und damit weniger Beamte beschäftigt werden als in Südlohn mit 9 und in Südlohn über die Jahrzehnte mehr Gemeindedirektoren bzw. Bürgermeister beschäftigt waren. Gemessen am Volumen der ordentlichen Aufwendungen betragen diese in Heek 1,62 % (Südlohn 2,65%). Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind in Heek um 959.840,00 € höher als in Südlohn. Grund hierfür ist nach dem Haushaltsplan Heek, dass dort in verschiedenen Teilbereichen Leistungen von Dritten erbracht werden und so die direkten Personalkosten reduzieren. Gemessen am Volumen der ordentlichen Aufwendungen betragen diese in Heek 20,44 % (Südlohn 10,23 %).

Auch wenn der Abfallbereich in Südlohn unter den sonstigen ordentlichen Aufwendungen und in Heek als Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen verbucht wird, bleibt der Unterschied bestehen. Nimmt man die drei verschiedenen Aufwendungen zusammen, so wendet die Gemeinde Heek dafür 36,26 % ihres Haushaltes auf, die Gemeinde Südlohn 33,68 %, d.s. in der Differenz gegenüber Südlohn + 7,12 %.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass ein isolierter Vergleich der verschiedenen Haushalte der Gemeinden ohne Einbeziehung der unterschiedlichen Strukturen nicht möglich ist.

Beschluss: **Kenntnisnahme**

TOP 6.: Geschäfts- und Lagebericht 2011 für den Kultur- und Freizeitbetrieb

Sitzungsvorlage-Nr.: 78/2012

Der **Vorsitzende des Betriebsausschusses, RM Osterholt**, berichtet von der Beratung in der Sitzung des Betriebsausschusses vom 06.06.2012, an der auch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Concunia GmbH Münster sowie die Gemeindeprüfungsanstalt teilgenommen hat. Beide bestätigen dem Kultur- und Freizeitbetrieb gute Kennzahlen. Von daher hat der Betriebsausschuss dem Gemeinderat empfohlen, den nachfolgenden Beschluss zu fassen.

Auf Nachfrage der **UWG-Fraktion** zur Systematik der Beratung der Berichte für die gemeindlichen Betriebe, wird darauf hingewiesen, dass zunächst über die Einzelabschlüsse zu befinden ist, bevor der Gesamtabchluss festgestellt wird.

Beschluss: **21 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

1. Der Jahresabschluss des Kultur- und Freizeitbetriebes der Gemeinde Südlohn zum 31.12.2011 wird mit den im Geschäftsbericht ausgewiesenen Zahlen festgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2011 schließt mit einem Jahresverlust ab.
2. Der im Geschäftsbericht 2011 entstandene Verlust in Höhe von 72.993,45 EUR wird der Allgemeine Rücklage entnommen.
3. Dem Betriebsausschuss wird für das Wirtschaftsjahr 2011 vorbehaltlos Entlastung erteilt.

TOP 7.: Geschäfts- und Lagebericht 2011 für den Grundstücks- und Immobilienbetrieb

Sitzungsvorlage-Nr.: 77/2012

Der **Vorsitzende des Betriebsausschusses, RM Osterholt**, berichtet von der Beratung in der Sitzung am 06.06.2012, an dem auch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Concunia GmbH in Münster teilgenommen und die wirtschaftliche Situation des Betriebes erläutert hat.

Der Betriebsausschuss hat dem Gemeinderat empfohlen, den nachfolgenden Beschluss zu fassen.

Beschluss: **21 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2011 des Grundstücks- und Immobilienbetriebes der Gemeinde Südlohn wird mit den im Geschäftsbericht ausgewiesenen Zahlen festgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2011 schließt mit einem Jahresüberschuss ab.
2. Der im Geschäftsjahr 2011 entstandene Überschuss in Höhe von 101.613,05 EUR wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt.
3. Dem Betriebsausschuss wird für das Geschäftsjahr 2011 vorbehaltlos Entlastung erteilt.

TOP 8.: Jahresabschluss für das Jahr 2011

Sitzungsvorlage-Nr.: 88/2012

Kämmerer Wilmers weist darauf hin, dass die Anlagen zum Jahresabschluss sehr umfangreich sind. Sie werden in der kommenden Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 04.07.2012 vorgestellt und vom

Wirtschaftsprüfer erläutert. In diesem Zusammenhang bittet er die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses, sich bereits heute für die zweite Sitzung Gedanken hinsichtlich der beabsichtigten Prüffelder zu machen, damit die entsprechenden Akten bereit gestellt werden können.

Darauf teilt die **CDU-Fraktion** mit, dass sie aus Gründen einer Evaluierung die gleichen Themen wie im letzten Jahr prüfen möchte.

Die **UWG-Fraktion** bestätigt dies als richtigen Ansatz und spricht sich ebenfalls für die gleichen Geschäftsfelder aus.

Beschluss: **Einstimmig**

Der Rat nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses 2011 zur Kenntnis und leitet ihn zur weiteren Beratung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter. Der Ausschuss hat dem Rat einen Prüfungsbericht vorzulegen, damit über die Feststellung des Jahresabschlusses sowie über die Entlastung des Bürgermeisters und die Verwendung des Jahresüberschusses entschieden werden kann.

TOP 9.: Gesamtabschluss für das Jahr 2011

Sitzungsvorlage-Nr.: 93/2012

Der **BM** weist darauf hin, dass die Gemeinde Südlohn zu den ersten Kommunen im Kreis Borken zählt, die den Gesamtabschluss 2011 erstellt haben und zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen.

Beschluss: **Einstimmig**

Der Rat nimmt den Entwurf des Gesamtabschlusses 2011 zur Kenntnis und leitet ihn zur weiteren Beratung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter. Der Ausschuss hat dem Rat einen Prüfungsbericht vorzulegen, damit über die Feststellung des Gesamtabschlusses 2011 sowie über die Entlastung des Bürgermeisters und die Verwendung des Jahresüberschlusses entschieden werden kann.

TOP 10.: 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 02 Am Breul / Eschlohn" im Ortsteil Südlohn im beschleunigten Verfahren
1. Behandlung der vorgebrachten Anregungen
2. Satzungsbeschluss

Sitzungsvorlage-Nr.: 96/2012

1. Amprion GmbH, Dortmund

Beschluss: **Kenntnisnahme**

Die anderen zuständigen Unternehmen wurden ebenfalls beteiligt.

2. Thyssengas GmbH, Dortmund

Beschluss 2: **Kenntnisnahme**

3. SVS-Versorgungsbetriebe GmbH, Stadtlohn

Beschluss 3: **Kenntnisnahme**

4. Landesbetrieb Straßenbau NRW, NL Münsterland, Coesfeld

Beschluss 4: **Kenntnisnahme**

5. Landesbetrieb Wald und Holz NRW, Münster

Beschluss 5: **Kenntnisnahme**

6. Handwerkskammer Münster

Beschluss 6: **Kenntnisnahme**

7. IHK Nord-Westfalen, Bocholt

Beschluss 7: **Kenntnisnahme**

8. RWE WVE Netzservice GmbH, Bad Bentheim

Beschluss 8: **Kenntnisnahme**

9. Kreis Borken

a) 62 – Fachbereich Geoinformation und Liegenschaftskataster

Beschluss 9: **Einstimmig**

Der Anregung wird entsprochen.
Gemarkung, Flur und Katasterstand werden in die Planzeichnung eingetragen.

b) 63.01 – Stabsabteilung Planung und Controlling (Fachbereich Bauen, Wohnen und Immissionschutz)

Beschluss 10: **Einstimmig**

Der Anregung wird teilweise entsprochen.
Das Hervortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß ist unmittelbar als Kann-Bestimmung anwendbares Recht. Eine gesonderte Festsetzung im Bebauungsplan ist daher grundsätzlich nicht erforderlich. Zur Klarstellung wird in Punkt 6.3 der Begründung die Formulierung „*wie Eingangsüberdachungen etc.*“ gestrichen.

Beschluss 11: **Einstimmig**

Der Anregung wird entsprochen. Zur Klarstellung wird den # 6,50 die Erläuterung „*zur bestehenden Außenwand*“ hinzugefügt.

c) 66.1 - Wasserwirtschaft (Fachbereich Natur und Umwelt):

Beschluss 12: **Kenntnisnahme**

d) 66.2 – Bodenschutz und Abfallwirtschaft (Fachbereich Natur und Umwelt):

Beschluss 13: **Kenntnisnahme**

Der Bauherr wird durch die Gemeinde auf diesen Sachverhalt hingewiesen.

10.2: Satzungsbeschluss

Beschluss: Einstimmig

1. Der Rat der Gemeinde Südlohn beschließt die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 02 „Am Breul/Eschlohn“ im Ortsteil Südlohn gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.
2. Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Südlohn ist gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.
3. Der Satzungsbeschluss ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB öffentlich bekannt zu machen.

TOP 11.: Bauliche Erweiterung der Turnhalle "Von-Galen Grundschule"

Sitzungsvorlage-Nr.: 81/2012

Nach Vorstellung der Planung in der Sitzung des Gemeinderates am 23.05.2012 hat sich der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss am 20.06.2012 eingehend mit der Planung befasst. Danach soll die Turnhalle energetisch und in den Bereichen Belüftung und Beleuchtung saniert und damit verbessert werden.

Aus hygienischen und bautechnischen Gründen wird bei einer luftdichten, gedämmten Gebäudehülle der Einbau einer mechanischen Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung empfohlen, mit der auch die CO₂-Konzentration minimiert werden kann. Hierdurch wird ca. 90 % der Energie zurückgewonnen. Für die Anlage sind ca. weitere 25.000,00 € erforderlich, die nicht im ursprünglichen Kostenrahmen enthalten sind.

Auf Nachfrage der **Grüne Fraktion**, inwieweit nicht auch das bei der Turnhalle der Grundschule Südlohn installierte System eingebaut werden kann, wird ausgeführt, dass dort eine andere Heizsituation vorhanden ist als in Oeding. In Oeding ist der Einbau von Deckenstrahlplatten geplant, die über die vom Hauptgebäude kommende Fernwärmeleitung versorgt werden. Der im Hauptgebäude installierte Brennwertheizkessel wurde noch im Jahr 2009 erneuert.

In diesem Zusammenhang fragt die **CDU-Fraktion** nach, inwieweit die Fernwärmeleitung einer Sanierung bedarf. Alternativ erscheint der Einbau eines gesonderten Brennwertkessels in der Turnhalle wirtschaftlich. Ferner weist die Fraktion darauf hin, dass im Turnhallenbetrieb andere Nutzerzeiten als in der Schule bestehen. Daher sollte die Wirtschaftlichkeit sowie die Warmwasserversorgung für die Duschen geprüft werden.

Die Fernwärmeleitung führt von dem Bereich der OGS auf dem kürzesten Weg zur Turnhalle. Die Kosten für deren möglicherweise sinnvolle Erneuerung können noch nicht beziffert werden. Allerdings ist der Einbau eines eigenen Brennwertkessels nicht sinnvoll, da kein Gasanschluss für die Turnhalle vorhanden ist und die gesamte Heizungsanlage der Schule auch für die Turnhalle mit ausgelegt ist. Die Warmwasserbereitung in der Halle erfolgt über Boiler, die über die Gasheizung im Hauptgebäude versorgt werden. Die weitergehenden Fragen werden zusammen mit einem Fachbüro geprüft, welches für die notwendige Ausstellung des Energieausweises ein Energiekonzept erstellt.

Die **SPD-Fraktion** bittet darum, in der Beschlussempfehlung das Wort „zustimmend“ zu streichen. Zum Konkretisierungsgrad der vorgelegten Gesamtkosten in Höhe von nun 450.000,00 € erläutert der **BM**, dass es sich um eine Kostenschätzung handelt.

Die **CDU-Fraktion** geht davon aus, dass dieser max. Finanzrahmen auch eingehalten wird. Außerdem bittet sie um intensive Begleitung des Projektes durch Beteiligung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses.

Die **UWG-Fraktion** weist darauf hin, dass die Amortisationszeit einer Lüftungsanlage bei einer wirtschaftlichen Betrachtung zu bedenken ist. Denn häufig wird eine Amortisation erst nach mehreren Jahrzehnten erreicht, in denen dann bereits größere Reparaturen bzw. Erneuerungen notwendig werden.

Eine Lüftungsanlage mit kontrollierter Wärmerückgewinnung durch Luftaustauscher wird immer mehr zum baulichen Standard. Bei der Turnhalle ist insbesondere die CO₂-Konzentration für die Sportler und zur Vermeidung von Bauschäden ein besonderes Thema. Eine Alternative stellt allein eine Querlüftung dar, die je-

doch zu Energieverlusten führt. Aus Umweltgesichtspunkten ist damit der Einbau einer derartigen Lüftungsanlage empfehlenswert.

Die **Grüne Fraktion** fragt an, ob und inwieweit vor dem Hintergrund der für das 4. Quartal 2012 vorgesehenen Ausschreibung auch die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Grundschul-Turnhalle interessant ist. Zudem bittet sie um Vorlage einer detaillierten Investitionsrechnung sowie Folgekostenrechnung für die Wärmerückgewinnung, insbesondere wegen der notwendig werdenden Filtertechnik. Gleiches gilt für die möglicherweise vorgesehene Photovoltaikanlage.

Die Installation einer Photovoltaikanlage ist nach der Dachsanierung grundsätzlich möglich, dieses steht jedoch unter dem Vorbehalt der Tragfähigkeit des Daches, die zu prüfen ist.

Die **SPD-Fraktion** ergänzt, dass sie den Einbau einer Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung in der Turnhalle aufgrund der dort entstehenden hohen Luftfeuchtigkeit dringend befürwortet. Beim Einfamilienhausbau ist sie insbesondere bei Energiesparhäusern heute bereits zwingend vorgeschrieben. Zum Einbau einer Photovoltaikanlage sollte aufgrund der geänderten Vergütungssätze nach dem EEG genau gerechnet werden. Zu beachten sind ferner im engeren Bereich der Turnhalle stehende Bäume, die möglicherweise zu einer Beschattung der Dachfläche führen.

Beschluss:

Einstimmig

Der Rat der Gemeinde Südlohn nimmt die Planung zur Kenntnis und beschließt den Anbau des Turngeräte- raumes im Zuge der Sanierung der Turnhalle „Von-Galen Grundschule“ zu realisieren. Die zusätzlichen Haushaltsmittel in Höhe von 25.000,00 € sowie die zusätzlichen Haushaltsmittel in Höhe von weiteren 25.000,00 € für die Lüftungsanlage werden überplanmäßig in der Haushaltsstelle 21.01.02/6001.785100 zur Verfügung gestellt. Die Planung wird im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss weiter beraten.

TOP 12.: Einrichtung einer integrativen Lerngruppe an der Roncalli Gemeinschafts- hauptschule Südlohn zum Schuljahr 2012/2013

Sitzungsvorlage-Nr.: 100/2012

Die Vorlage ist Ausfluss der Inklusionsbeschlüsse des Gemeinderates der Vorjahre mit dem Ergebnis, dass eine weitere integrative Beschulung in der Gemeinde Südlohn möglich wird. Dieses stellt aus Sicht der Verwaltung ein großer Erfolg dar.

Die **CDU-Fraktion** freut sich, dass die Inklusion jetzt an der Hauptschule weiter geführt werden kann.

Dieses sieht die **UWG-Fraktion** ebenso, insbesondere weil auch ohne weitere bauliche Maßnahmen die Umsetzung der Inklusion möglich ist. Der Schulstandort Südlohn wird hierdurch zudem gesichert. Zur Personalausstattung wird erläutert, dass vom Land für die integrative Lerngruppe eine 1,0 Stelle für eine Sonderpädagogin bereitgestellt wird. Die zu entsprechende Zuweisung ist inzwischen veranlasst. Zusätzliche flankierende Maßnahmen sind ebenso wie die entsprechenden Sachkosten vom Schulträger zu tragen. Die bauliche Situation steht jedoch ständig in Abhängigkeit von den angemeldeten Kindern. Die integrative Lerngruppe wird jährlich neu genehmigt.

Auch die **SPD-Fraktion** freut sich über die Fortführung des integrativen Unterrichtes. Ihr liegt die personelle Ausstattung sehr am Herzen. Von daher bittet sie darum, evtl. später zu schauen, wo und was die Gemeinde als Schulträger noch ergänzen könnte (FSJ, BuFD).

Der **BM** weist auf die gute Zusammenarbeit mit der Schule hin und dankt insbesondere dem Lehrerkollegium und der Schulleitung für die bisher geleistete gute Arbeit.

Die **UWG-Fraktion** fragt nach dem Fortbestand der integrativen Lerngruppe nach einem möglichen Übergang der Hauptschule in eine Sekundarschule.

Im Konzept einer Sekundarschule ist der integrative Unterricht grundsätzlich enthalten. Im Übrigen kommt kein Schulträger aufgrund der UN-Resolution an dem Thema Inklusion mehr vorbei.

Die **Grüne Fraktion** erkundigt sich nach einer „Konkurrenz“ zu den Förderschulen und weiter, ob und inwieweit Verpflichtungen mit der Felizitas-Förderschule in Vreden bestehen.

Alle Südlohner Kinder haben eine entsprechende Beschulung an der Hauptschule in Südlohn beantragt, dem das Schulamt des Kreises Borken auch entsprochen hat. Eine Konkurrenzsituation zur Förderschule ist nicht zu erkennen, weil bereits heute die Felizitas-Schule als zuständige Schule ein Partner ist und Pädagogen der Schule wie schon bei den Grundschule vor Ort tätig werden. Zwar existiert ein alter Kooperationsvertrag zwischen der Gemeinde Südlohn und der Felizitas-Schule, der jedoch aufgrund veränderter Rahmenbedingungen nicht mehr gelebt wird.

Beschluss: **Einstimmig**

Die Gemeinde Südlohn erteilt als Schulträger gem. § 20 Abs. 8 SchulG ab Schuljahresbeginn 2012/2013 ihr Einverständnis zu einer integrativen Lerngruppe an der Roncalli Gemeinschaftshauptschule Südlohn.

TOP 13.: Anträge

13.1.: Antrag der UWG Fraktion vom 12.06.2012 betr. Sachstandsbericht und weitere Entwicklung des Schulstandortes Südlohn-Oeding

Sitzungsvorlage-Nr.: 98/2012

Für die **UWG-Fraktion** zeigt sich auch nach der aktuellen Presseberichterstattung bei den Eltern ein umfassender Informationsbedarf. Dieses Recht der Eltern auf Information und Beteiligung sollte weiter ausgebaut werden. Von daher schlägt sie vor, neben einer schriftlichen Handreichung und Informationen auf der Homepage der Gemeinde eine allgemeinde Informationsveranstaltung für alle Eltern zu veranstalten.

Verwiesen wird darauf, dass nach den Presseveröffentlichungen nun für die Gemeinde Südlohn für eine Kooperation mit der Stadt Borken ein Spalt geöffnet ist. Auf eine Zusammenarbeit mit anderen Schulträgern ist die Gemeinde Südlohn als kleiner Schulträger dringend angewiesen. Der UWG-Antrag ist kurz nach der Presseberichterstattung in Borken eingegangen. Das Problem besteht darin, dass die Eltern kurz, aber auch umfassend und nachvollziehbar informiert werden sollen. In vielen vorangegangenen Sitzungen wurde bereits sehr transparent über die weitere Entwicklung informiert. Bei den Eltern ist aktuell eine abwartende Haltung festzustellen, nicht jedoch Unkenntnis über das Wesen einer Sekundarschule. Die Eltern informieren sich qualifiziert. Die Erstellung eines besonderen Internet-Info-Auftrittes ist fast fertiggestellt, so dass derjenige, der sich weiter informieren möchte, hier entsprechende Informationen erhalten wird. Die schulische Situation war im Übrigen ständiges Thema in den Schulkonferenzen und mehrfach in den gemeindlichen Gremien. Zurzeit wird versucht, sich auf den Zeitplan der Stadt Borken einzustellen. In Kürze wird ein entsprechendes Gespräch über die Bezirksregierung Münster mit den Schulträgern Stadtlohn und Borken stattfinden. Gem. aktueller Presseberichterstattung, die allen Ratsmitgliedern vorliegt, ist die Situation in der Gemeinde Heiden wesentlich schlechter.

Die **CDU-Fraktion** bestätigt die bislang gute Informationsarbeit des gemeindlichen Schulverwaltungsamtes.

Der **BM** stellt fest, dass der Antrag der **UWG-Fraktion** inzwischen zu 90 % abgearbeitet ist. Er bleibt jedoch Arbeitsauftrag an die Verwaltung, die Eltern über das Internet und die Presse weiter zu informieren.

Beschluss: **Kenntnisnahme**

TOP 14.: Mitteilungen und Anfragen

14.1.: Planungen des Bundes für eine Ortsumgehung Südlohn

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Am 26.06.2012 erschien in der Borkener Zeitung/Westf. Nachrichten ein Artikel „Stau beim Straßenbau“. Dort wurde mitgeteilt, dass die „Ortsumgehung Südlohn (B 70)“ durch den Bundesverkehrsminister in Frage gestellt würde und das Projekt insgesamt gefährdet sei.

Nach Rücksprache mit dem Landesbetrieb Straßen sowie Herrn Staatssekretär Klatt vom Bundesverkehrsministerium ist hiervon nicht die Ortsumgehung im Ortsteil Oeding betroffen, sondern vielmehr jene, welche im Städtebaulichen Entwicklungskonzept für den Ortsteil Südlohn angemeldet, jedoch noch nicht konkret projektiert wurde. Bekanntlich handelt es sich bei der alten B 70 um die heutige L 572.

Beschluss: -/-

14.2.: Umgestaltung der Bahnhofstraße

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Nach Überprüfung des Zuwendungsantrages zur Umgestaltung der Bahnhofstraße teilt die Bezirksregierung Münster mit Schreiben vom 14.06.2012 zur verkehrsrechtlichen Situation u.a. mit:

- Der Einmündungsbereich der Straße „Südwall“ soll mit einem Einmündungstrichter ausgebaut werden (wie ursprünglich vorgesehen). Eine durchgehende Pflasterung des Gehweges ist aus Gründen der Verkehrssicherheit wegen erhöhter Unfallgefahren nicht zulässig.
- Da es sich hier um eine verkehrswichtige Straße handelt, dürfen keine Verkehrszeichen „Durchfahrverbot für LKW“ aufgestellt werden, ansonsten entfällt der Förderanspruch.

Die Querungshilfe im Kurvenbereich der Bahnhofstraße / Mühlenkampstraße kann nicht gebaut werden. Nach Rücksprache mit den gewerbetreibenden Anliegern muss die Straße in diesem Abschnitt oftmals zur Warenanlieferung genutzt werden, so dass hier bei einer eingeplanten Verkehrsinsel erhebliche Verkehrsprobleme entstehen würden. Die Angelegenheit wurde mit dem Straßenverkehrsamt und der Polizei Borken besprochen, die Querungshilfe kann ganz entfallen.

Beschluss: -/-

14.3.: Landesentwicklungsplan NRW - sachlicher Teilplan Großflächiger Einzelhandel

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Im Rahmen der Beteiligung der berührten öffentlichen Stellen hat die Gemeinde Südlohn hierzu folgende Stellungnahme abgegeben:

Das im Entwurf des LEP enthaltene Ziel des Beitrags zur Daseinsvorsorge und zur Erhaltung der Innenstädte / Ortskerne als Zentrale Versorgungsbereiche wird durch die Gemeinde Südlohn auf der Ebene der Kommunalentwicklung bereits umgesetzt.

Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Gemeinde Südlohn wurde im Jahr 2009 durch den Gemeinderat als Leitlinie und Bewertungsgrundlage der Gemeinde für die zukünftige Einzelhandelsentwicklung, Bewertungsgrundlage im Genehmigungsverfahren für Einzelhandelsvorhaben und städtebauliches Konzept im Sinne des § 1 (6) Nr. 11 BauGB als Vorgabe für künftige Planungen beschlossen.

Daher werden durch die Gemeinde Südlohn keine Anregungen vorgetragen.

Beschluss: -/-

**14.4.: Neubau eines Kälbermaststalles mit 592 Plätzen auf der Hofstelle Hinterm Busch 14 in Oeding
- Stellungnahme der Gemeinde Südlohn zum BImSchG-Antrag**

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens hat die Gemeinde Südlohn folgende Stellungnahme abgegeben:

„Die Anlage ist nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB als privilegiert für den Außenbereich zu beurteilen. Durch einen städtebaulichen Vertrag hat sich der Antragsteller gegenüber der Gemeinde verpflichtet, die von seiner Hofstelle ausgehenden geruchlichen Restemissionen auf 772 GE/s zu begrenzen, was den verbleibenden 343 Aufzuchtferkeln entspricht. Von der beantragten Neuanlage darf daher nur eine „Null-Emission“ ausgehen, was durch die geplante Ablufteinigungsanlage sicherzustellen ist.

Die BE 2, 3, 4 und 6 sollen „vorübergehend“, die BE 8 dauerhaft außer Betrieb genommen werden. Sollte hier wieder aufgestellt werden, ist sicherzustellen, dass keine über das vertraglich vereinbarte Emissionskontingent von max. 772 GE/s hinausgehenden Geruchsemissionen auftreten. Gegebenenfalls ist auch hierfür eine Ablufteinigung erforderlich. Dies bitte ich als Nebenbestimmung in den Genehmigungsbescheid aufzunehmen.

Der landschaftliche Ausgleich soll in Abstimmung mit der ULB des Kreises erfolgen. Eine Nachfrage beim Kreis ergab, dass u. A. entlang des Baukörpers zum Wirtschaftsweg eine Heckenpflanzung erfolgen soll. Ich weise darauf hin, dass diese Anpflanzung ausschließlich auf den privaten Flächen vorgenommen wird. Auch der sich auf der Nordseite des Weges befindende Graben darf nicht überpflanzt werden.

Es ist eine Verrieselung des anfallenden Niederschlagswassers auf den vorhandenen Wiesen/Äckern vorgesehen. Hierzu bestehen seitens der Gemeinde Südlohn keine Bedenken. Ich empfehle im Vorfeld Versuche zur Feststellung der Sickerfähigkeit des Bodens durchzuführen. Sollte dennoch eine Direkteinleitung in ein oberirdisches Gewässer erfolgen, weise ich darauf hin, dass eine Erlaubnis nach § 8 WHG erforderlich ist.

Die Gemeinde erteilt ihr Einvernehmen im Sinne des § 36 BauGB. Die Antragsunterlagen sende ich zu meiner Entlastung zurück.“

Der **BM** ergänzt, dass dieser Antrag bereits im Zusammenhang mit der Umsetzung des Baugebietes Burloer Straße-West steht.

Beschluss: -/-

14.5.: Schulsozialarbeit an den Grundschulen

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

RM Penno fragt an, warum keine frühere Information an den Gemeinderat ergangen ist, zumal man bereits in der vorletzten Ausschusssitzung angefragt hat, ob und inwieweit die entsprechenden Haushaltsmittel abgerufen worden sind.

Verwiesen wird auf die Beratung in der Sitzung des Schul- und Sozialausschusses vom 13.06.2012. Aufgrund des entsprechenden Antrages der **Grüne Fraktion** vom 02.04.2012 wurde berichtet, dass zum 01.06.2012 das mit K.I.D.S. gGmbH verabredete Personalkonzept umgesetzt werden konnte. Dieses geschah äußerst kurzfristig. Eine Information bereits in der letzten Ratssitzung war daher nicht möglich.

Beschluss: -/-

14.6.: Sanierung des Gehweges an der Ecke Lohner Straße/Lohnergartenstraße

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

(RM Hövel ist während der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

RM Brüning fragt an, warum nur an der Ecke der Lohner Straße/Lohnergartenstraße und zwar exakt vor dem jüngst verkauften Wohnhaus Lohnergartenstraße 16 der Gehweg durch den gemeindlichen Bauhof saniert wurde, obwohl an anderer Stelle eher dringenderen Bedarf sieht.

Verwiesen wird darauf, dass nach einer entsprechenden Dringlichkeitsliste der gemeindliche Bauhof Gehwege saniert. Dieses können auch nur Teilstücke darstellen. Weitere Informationen werden in der Niederschrift gegeben.

Bemerkung:

Nach Prüfung ist festzustellen, dass die Sanierung dieses Streckenabschnitts auf der Prioritätenliste für den Bauhof stand. Ein Zusammenhang mit dem erfolgten Wechsel des Grundstückseigentümers besteht nicht.

Beschluss: -/-

14.7.: Beteiligung aller Fraktionen an dem Treffen der Werkgroep Winterswijk und der bilateralen Arbeitsgruppe Südlohn

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

(RM Hövel ist während der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

RM Schleif verweist darauf, dass beim letzten Treffen der Werkgroep Deutschland des Gemeinderates Winterswijk und der bilateralen Arbeitsgruppe des Gemeinderates Südlohn am 16.11.2011 nicht alle Fraktionen beteiligt wurden.

Der **BM** verweist darauf, dass nach der Beschlusslage alle Fraktionen beteiligt werden. Bei der Besetzung der bilateralen Arbeitsgruppe hatten die **Grüne Fraktion** und die **FDP-Fraktion** noch keinen Fraktionsstatus. Künftig werden alle Fraktionen an diesem Treffen beteiligt.

Beschluss: -/-

Vedder

Schlottbom